
Presseinformation Nr. 1175

22. Oktober 2007

OTTO / WAITZ:

Ministerpräsidenten erledigen ihre Aufgaben nicht

BERLIN. Zu den Beratungen über die Zukunft der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erklären die Medienexperten der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO und Christoph WAITZ:

Die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz in Sachen Rundfunkfinanzierung sind ernüchternd. Nach jahrelangem Ignorieren der Probleme wird eine Reform erneut verschoben.

Die Einengung der zu prüfenden Modelle auf Haushaltsabgabe und Festhalten am Gebührensystem geht völlig an der Problematik vorbei. Weder eine Haushaltsabgabe noch ein "erweitertes" Gebührenmodell würde die wachsenden Struktur- und Akzeptanzprobleme bei der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nachhaltig lösen.

Es ist zu befürchten, dass stur an der Anknüpfung der Gebührenpflicht an das Vorhandensein von Geräten festgehalten werden soll. Angesichts der fortschreitenden Konvergenz der Medien ist und bleibt das anachronistisch. Auch das Problem der Doppelbelastungen von Bürgern als privaten und als wirtschaftlich tätigen Personen wird nicht gelöst.

Schließlich bleiben bei beiden Modellen die Außenprüfer der Gebühreneinzugszentrale notwendig. Auch der bürokratische Aufwand wird eher steigen. Dabei könnte in einem effektiven Modell eine staatsferne Finanzierung mit einfachen Mitteln sichergestellt werden.

Wir fordern die Abgeordneten der Landtage auf, sich die Gesetzgebungskompetenz in der Rundfunkpolitik nicht durch Vorentscheidungen der Ministerpräsidenten aus der Hand nehmen zu lassen und auf eine schnelle Ablösung des Gebührenmodells durch ein einfaches und faires Modell zu drängen. Die Allgemeine Medienabgabe erscheint dabei noch immer das vorteilhafteste System zu sein.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de